

„Mein Onkel schwieg lange“

Holocaust Memorial Day Frank Nonnenmacher stritt für die Anerkennung von „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ als NS-Opfer. 2020 ist der Bundestag dem gefolgt. Die versprochenen Finanzmittel für Entschädigung und Aufarbeitung aber sind bis heute nicht in Sicht
[Sebastian Friedrich](#) | [Ausgabe 04/2022 8](#)



Noch immer sind nicht alle Opfer rehabilitiert – die „Sicherungsverwahrten“, zumeist Polen, wurden 2020 ausgespart
Foto: Ken Cedeno/Getty Images

Zwei Jahre ist es her, dass der Bundestag die von den Nazis als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten [endlich offiziell als Opfergruppe anerkannt hat](#). Der Sozialwissenschaftler Frank Nonnenmacher zieht eine kritische Zwischenbilanz.

Der Freitag: Herr Nonnenmacher, 75 Jahre nach Kriegsende hat der Bundestag „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ offiziell als NS-Opfer anerkannt. Lebten überhaupt noch Betroffene?
Frank Nonnenmacher: Ja, einige Betroffene haben es noch mitbekommen.

Ihr Onkel, Ernst Nonnenmacher, konnte das aber nicht mehr miterleben.
Mein Onkel war vier Jahre im KZ. Zunächst hatte er einen schwarzen Winkel – ein Stoffdreieck auf der linken Brustseite der Häftlingskleidung –, galt also als sogenannter Asozialer. Später wurde er „umgewinkelt“ und fortan mit dem grünen Winkel als „Berufsverbrecher“ markiert.

Warum geriet ihr Onkel ins Visier der Nazis?

Ernst, Jahrgang 1908, wuchs als Sohn einer alleinerziehenden Mutter unter schwierigsten Verhältnissen in Stuttgart auf. Sein kleiner Bruder, mein Vater, kam ins Waisenhaus. Ernst war gezwungen zu klauen, um etwas zum Essen zu haben. Er wurde schon früh eine Art Kleinkrimineller, bewegte sich immer in der untersten Hierarchiestufe der Gesellschaft. Er kam wegen kleinerer Delikte wie Diebstahl, Bettelerei, Hehlerei ins Gefängnis. Nach seiner letzten Entlassung haben ihn die Nazis 1941 zur „Vorbeugung“ direkt in ein KZ verschleppt, ohne Anklage, ohne Gerichtsurteil. Zuerst war er im KZ Flossenbürg, eingeteilt für schwerste Arbeit im Steinbruch. 1942 kam er ins KZ Sachsenhausen.

Er überlebte den Terror. Hat er nach dem Krieg über die Verfolgung gesprochen?

Er hatte zunächst versucht, eine offizielle Anerkennung als von den Nazis Verfolgter zu bekommen. Der Antrag wurde von den Behörden mit der Begründung abgelehnt, [er sei zu Recht im KZ gewesen](#). Das war 1946. Von da an hat er jahrzehntelang geschwiegen: Wenn er gefragt wurde, was er im Krieg gemacht hat, sagte er nur, er sei an der Ostfront gewesen. Er wusste, dass in den Nachkriegsjahren dann nicht mehr nachgefragt wurde. Erst als ich ihn Ende der 1960er fast schon gedrängt habe, mir zu erzählen, wie er die Nazi-Zeit erlebt hat, fing er an, darüber zu sprechen. Es gab damals ein großes gesellschaftliches Schweigen – nicht nur von Tätern, auch von nicht anerkannten Opfern.

Einige Opfergruppen hatten sich Gehör verschaffen können. Einen Verband von Menschen, die als Asoziale oder Berufskriminelle verfolgt wurden, gab es nicht.

Die Betroffenen wurden auch in der Nachkriegsgesellschaft weiter stigmatisiert. Arbeitslose, Kriminelle und sogenannte Asoziale wurden nicht geachtet. Die, die mit grünen oder schwarzen Winkeln in den KZs interniert waren, haben sich geschämt. Ich habe mit vielen Nachfahren gesprochen, die auch erst nach Jahrzehnten erfahren haben, dass ihre Eltern oder Großeltern verfolgt wurden.

Sind Scham und fortwährende Diskriminierung ein Grund, dass die offizielle Anerkennung als Opfergruppe so spät kam?

Vor und nach dem Faschismus gab es eine breite gesellschaftliche Überzeugung, dass es minderwertige, also asoziale Teile der Gesellschaft gibt. Diese Stigmatisierung verhinderte die Solidarität anderer Opfergruppen. Auch zum Beispiel die Homosexuellen und die Sinti und Roma mussten beschämend lange um ihre Anerkennung kämpfen. Denn wer im KZ gesessen hatte, egal aus welchem Grund, galt vielen als anrüchig, gerade weil viele es gerechtfertigt fanden, dass in den Lagern auch Menschen interniert waren, die als Kriminelle galten. Das war dann etwa für die politischen Ex-Häftlinge Grund genug, sich von „kriminellen“ und „asozialen“ Mithäftlingen zu distanzieren.

Zur Person

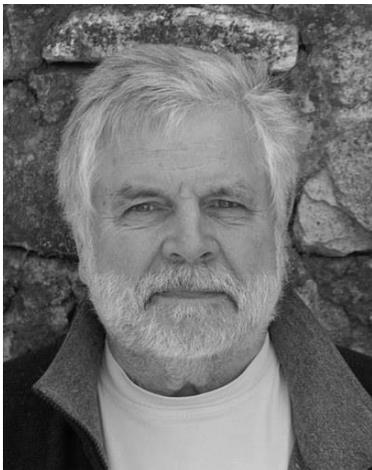


Foto: privat

Frank Nonnenmacher, 77, emeritierter Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität in Frankfurt a. M., hat über seinen Onkel und seinen Vater, den Bildhauer Gustav Nonnenmacher, das Buch *DU hattest es besser als ICH. Zwei Brüder im 20. Jahrhundert* veröffentlicht

Spielt auch die Leistungsideologie eine Rolle, die nicht nur die heutige, sondern auch die Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland stark geprägt hat?

Die gesellschaftlichen Vorurteile gegenüber Menschen, deren Alltagsbiografien von der Norm abweichen, die als asozial gelten, sind bis heute weitverbreitet. Wir leben in einer Gesellschaft, die systematisch Armut produziert, was aber viele nicht wahrhaben wollen. Deshalb fallen Stereotype gegen Menschen, die in der sozialen Hierarchie unten stehen, auf fruchtbarem Boden. Dass Menschen, die stehen, kriminell werden, sich prostituieren, oft aus sozialer Notwehr handeln, wird nicht gesehen.

Wie viele als „Asoziale“ oder „Berufskriminelle“ Stigmatisierte fielen den Nazis zum Opfer?

Dazu gibt es nur rudimentär Forschungen, denn auch in der Wissenschaft hat das Thema jahrzehntelang kaum jemanden beschäftigt. Schätzungen gehen aber von 70.000 Menschen aus, die interniert waren. Bei der Zahl der Toten gibt es nur für einzelne Konzentrationslager verlässliche Zahlen. So soll in Sachsenhausen wohl etwa ein Drittel der internierten „Grünwinkler“ ermordet worden sein, in Mauthausen mehr als die Hälfte.

Der Bundestag hatte die Anerkennung verknüpft mit Vorhaben, die Geschichte der so Stigmatisierten aufzuarbeiten. Eine Wanderausstellung wurde in Auftrag gegeben, die Bundesregierung wurde aufgefordert, Biografien zu erforschen. Wie bewerten Sie diese Vorhaben?

Zunächst einmal ist es positiv, dass es den Bundestagsbeschluss vom 13. Februar 2020 gibt. Gut, dass die Staatsministerin für Kultur und Medien 1,5 Millionen Euro zur Erstellung einer Wanderausstellung bereitgestellt hat. Diese ist in Arbeit. Durch die Anerkennung können „Grünwinkler“ und „Schwarzwinkler“ nun offiziell Anträge auf Entschädigung stellen. Nur kommt diese Regelung viel zu spät.

Wie hoch ist die Zahl derer, die seit dem Bundestagsbeschluss einen Antrag auf Entschädigung gestellt haben?

Sie liegt bei null. Die wenigen, die noch leben, sind sehr alt und nicht mehr willens oder nicht mehr in der Lage, einen solchen Antrag zu stellen. Zynisch könnte man sagen, dass sich die Bundesrepublik viel Geld gespart hat, indem sie sich so lange mit der offiziellen Anerkennung Zeit gelassen hat. Ein weiteres Problem des Beschlusses ist, dass eine wichtige Betroffenenengruppe nicht genannt wird.

Welche?

Im Bundestagsbeschluss fehlen die Sicherungsverwahrten. Das sind Langstraffer, die nach einem Beschluss von Heinrich Himmler und Otto Georg Thierack ab 1942 wegen „nicht genügender Justizurteile“ aus den Gefängnissen geholt wurden und in den KZs „durch Arbeit vernichtet“ werden sollten. Auch sie bekamen im KZ den grünen Winkel. Viele davon waren polnische Staatsbürger, deren Haftgründe oft banal waren. Zum Beispiel Emil Madej: Er hatte ein altes Bajonett unter seinem Bett versteckt, wurde denunziert und wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Dezember 1942 wurde er mit anderen Sicherungsverwahrten ins KZ Mauthausen zur Vernichtung durch Arbeit eingeliefert. Er überlebte kaum einen Monat. Obwohl auf das spezifische Schicksal der nach dem „Polenstrafrecht“ Verfolgten in den Ausschusssitzungen des Bundestags hingewiesen wurde, bleiben diese Opfer weiter unsichtbar. Das ist ein schweres Defizit.

Wie sieht es mit der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses aus?

In dem Beschluss wird die Exekutive aufgefordert, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, erstens für die ausgebliebene Erforschung der Biografien der bislang ignorierten NS-Opfer, zweitens die Erforschung der Verfolgungsinstanzen. Beides ist bisher nicht geschehen.

Könnte sich der Wechsel der Bundesregierung positiv auf die Aufarbeitung auswirken?

Ich setze auf Claudia Roth, die neue Kulturstaatsministerin. Sie zählt zu den Erstunterzeichnerinnen [des Appells, der 2018 den Bundestag aufgefordert hat](#), die ehemaligen KZ-Häftlinge mit den schwarzen und grünen Winkeln als offizielle Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen. Ohne diesen Appell würden wir wahrscheinlich heute noch auf die Anerkennung warten. Insofern wäre es erstaunlich, wenn Frau Roth jetzt nicht die Initiative zur Bereitstellung der entsprechenden Finanzmittel ergreifen würde. Es wird höchste Zeit.

Droht ansonsten das Schicksal der „Asozialen“ und „Berufskriminellen“ in Vergessenheit zu geraten?

So weit würde ich nicht gehen. Es gibt glücklicherweise junge Forscherinnen und Forscher, die sich seit etwa zehn Jahren vermehrt mit dem Thema befassen. Und auch die Nachfahren der Betroffenen beschäftigen sich stärker mit dem Thema, denn die Scham und die Stigmatisierung, die viele einstige KZ-Häftlinge ihr Leben lang begleitet haben, nehmen bei den Kindern, Enkeln und Urenkeln ab. Die Aufarbeitung wird vor allem aufgrund von Einzelinitiativen und individuellem Engagement wachgehalten. Aber systematisch und quasi selbstverständlich sind die mit dem grünen und dem schwarzen Winkel von den Nazis Stigmatisierten bis heute nicht [in unsere Erinnerungskultur](#) integriert.

06:00 27.01.2022